

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon
vom 4. bis 6. Januar 2017

EUROPA – STARK UND SELBSTBEWUSST

5. JANUAR 2017

Millionen Menschen weltweit träumen von einer Zukunft in der Europäischen Union (EU) oder riskieren sogar ihr Leben für diesen Traum. Europa steht für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Europa steht für sieben Prozent der Weltbevölkerung, 25 Prozent der Wirtschaftsleistung und 50 Prozent der weltweiten Sozialleistungen. Die Unionsbürger genießen Grund- und Menschenrechte, sie können frei reisen, ihren Arbeits- oder Studienort frei wählen. Verwaltungen und unabhängige Gerichte garantieren den Rechtsstaat, freie Medien sorgen für Information und Kontrolle. Bei allen Unzulänglichkeiten: Der Kontrast gegenüber autokratischen Regimen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schleifen, könnte größer nicht sein. Europa muss sich daher nicht verstecken, sondern sollte im Gegenteil Selbstbewusstsein zeigen und die Bereitschaft, die eigene Freiheit zu verteidigen. Europa muss eine Vorreiterrolle in der Welt übernehmen, beim Ringen um Frieden, beim Kampf für Menschenwürde und Recht, für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, bessere Umwelt- und Sozialstandards. Zugleich sollten wir auch das größte Plus offener Gesellschaften nutzen, um noch besser zu werden: die Fähigkeit, Missstände offen anzusprechen, Probleme anzugehen und sich zu wandeln, ohne eigene Werte aufzugeben. Denn die Tendenz zur Renationalisierung in manchen EU-Staaten ist nicht zu übersehen.

Brexit als Weckruf

Der bevorstehende Austritt Großbritanniens muss als Signal verstanden werden, als Anstoß zur nötigen Selbstvergewisserung und Reform. Die CSU-Landesgruppe lehnt es ab, die Verhandlungen zu nutzen, um ein Exempel zu statuieren, das Großbritannien bestrafen und andere Mitglieder von einem Austritt abhalten soll. Die EU ist keine Zwangsvereinigung. Die Mitglieder bleiben freiwillig, wenn und weil sie an den Sinn des europäischen Projekts glauben und weil sie sich davon Vorteile versprechen – für Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Andererseits muss klar sein: Wer die EU verlässt, der kann nicht weiter von den Vorteilen der Gemeinschaft profitieren, ohne dafür zumindest auch substantielle Beiträge zu leisten.

- ◆ Die EU sollte eine **faire Vereinbarung mit Großbritannien** anstreben, der bislang zweitgrößten Volkswirtschaft der EU. Es liegt im beiderseitigen Interesse, auch in Zukunft weiter politisch wie wirtschaftlich so eng wie möglich zusammenzuarbeiten. Einen **Zugang zum Binnenmarkt** darf es nur bei Akzeptanz der vier Grundfreiheiten (Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Personenverkehrsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit) geben, die zusammengehören. Es kann aber nicht in unserem Interesse sein, eine Zusammenarbeit auf dem Altar abstrakter Prinzipien zu opfern und damit deutsche Wirtschaft und Arbeitsplätze zu gefährden.
- ◆ **Kein jetzt erst recht:** Nicht alle Kritik der Briten am Zustand der EU war falsch. Wir sollten daher nicht weiter blind in eine Richtung laufen, die uns von den berechtigten Sorgen vieler Menschen entfernt. Die Antwort darf nicht ein schlichtes „mehr Europa“ sein. Ziel muss es sein, ein **besseres Europa** anzustreben, das die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung wieder ernster nimmt und **Ergebnisse liefert**. Die EU muss effizienter, bürgernäher und unbürokratischer werden. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und nationalen Parlamente müssen aber auch mehr Verantwortung für das gemeinsame Projekt übernehmen und die Notwendigkeit erklären.
- ◆ Teile der mit den Briten vereinbarten **Reformagenda** sind weiter aktuell und sollten umgesetzt werden: So ist eine Reform der Freizügigkeit zur **Verhinderung missbräuchlicher Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme** dringend geboten. Die in letzter Zeit in Deutschland getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung der Sozialleistungen für Menschen, die vorher nicht in das deutsche Sozialsystem einbezahlt haben, sind ein richtiger Anfang. Auch die Voraussetzungen für die Gewährung von Grundsicherungsleistungen im Alter für diejenigen, die die überwiegende Zeit ihres Erwerbslebens nicht in dem Land verbracht haben, in dem sie die Leistungen empfangen und dort auch kaum Sozialleistungen und Steuern bezahlt haben, sollten enger gefasst werden. Zusätzlich müssen **Kindergeldzahlungen** für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden dürfen. Bürger und Wirtschaft haben von der Freizügigkeit bisher enorm profitiert. Dennoch ist klar: Freizügigkeit heißt Niederlassungsfreiheit für Arbeitnehmer, nicht für Sozialhilfeempfänger. Die vorhandenen Spielräume des EU-Rechts zur Bekämpfung von Missbrauch müssen voll ausgeschöpft werden.
- ◆ Es bleibt richtig, einen besseren Ausgleich der mitgliedstaatlichen Souveränität und der Kompetenzen der EU anzustreben, mit einer klaren Arbeitsteilung. Die EU sollte sich als **schlanke, flexible Union** konsolidieren und auf die **Kernaufgaben** besinnen, die sie besser lösen kann als die Mitgliedstaaten. Die **Migrationskrise oder der globale Terrorismus** sind solche Herausforderungen, deren Bewältigung einzelne Länder überfordert.

Klare Regeln – auch im Euroraum

- ◆ **Solidarität und Eigenverantwortung** sind Leitprinzipien der EU. Wer Solidarität fordert, muss auch bereit sein, gemeinsame Lasten zu tragen. Das **Subsidiaritätsprinzip** ist strikt einzuhalten. Die EU darf danach nur tätig werden, wenn und soweit

ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend ist. Also kein EU-Handeln in Kernbereichen des Straf- und Strafprozessrechts oder des Arbeits- und Sozialrechts. Eine wie auch immer geartete Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme und eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnen wir ab.

- ◆ Die **Geltung des Rechts** in der Union muss uneingeschränkt durchgesetzt werden. Gemeinsam vereinbarte **Normen** und Beschlüsse sind **konsequent umzusetzen**, anstatt immer neue zu schaffen. Die EU als Gemeinschaft des Rechts heißt: Rechtstreue und **keine politischen Ausnahmen** von ohnehin flexiblen Regeln – etwa im Schengenraum oder bei der Bankenunion.
- ◆ Im Euroraum sind **Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung** nach wie vor von zentraler Bedeutung. Wir lehnen es ab, die Haushaltsregeln aufzuweichen oder vom Konsolidierungskurs abzuweichen. Damit der Stabilitätspakt endlich greift, muss auch die EU-Kommission ihrer Rolle als Hüterin der Verträge effektiver nachkommen als bisher. Die Bundesregierung muss dazu im Ministerrat eine unmissverständliche Haltung einnehmen.
- ◆ Im Hinblick auf die veränderte **Zinspolitik** der US-amerikanischen Notenbank und die gestiegenen Inflationserwartungen im Euroraum halten wir einen Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus der expansiven Geldpolitik für geboten. Die Finanzmärkte und die Finanzaufsicht müssen für die veränderte Situation rechtzeitig Vorkehrungen treffen.
- ◆ Einige Mitgliedsstaaten meinten, strukturelle Reformen vernachlässigen sowie übermäßige Schulden anhäufen zu können. **Accountability Bonds**, also Verantwortungsbonds, könnten ein Instrument sein, um die Haushaltsdisziplin zu verbessern. Dies sind nachrangige, nationale Staatsanleihen die für den Teil der Neuverschuldung auszugeben sind, der die im Fiskalpakt festgelegte Höchstgrenze für das strukturelle Defizit (0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) überschreitet. Bei bestimmten Ereignissen, z.B. wenn ein Mitgliedstaat ein ESM-Programm in Anspruch nimmt oder der Schuldenstand eines Mitgliedstaates 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreitet, werden die Laufzeiten dieser Anleihen verlängert, ihre Zinszahlungen fallen aus oder die Rückzahlung entfällt teilweise oder vollumfänglich. Dadurch sind Accountability-Bonds unattraktiver als normale Staatsanleihen. Mitgliedstaaten, die die Grenze des strukturellen Defizits einhalten, müssen keine Accountability Bonds ausgeben. Somit besteht ein stärkerer Anreiz, die auf europäischer Ebene vereinbarten Fiskalregeln einzuhalten.
- ◆ Die **Stabilisierung der Euro-Zone** ist bisher insgesamt erfolgreich. Vier von fünf Ländern haben das Programm erfolgreich abgeschlossen, bekommen keine Hilfe mehr und zahlen ihre Schulden zurück. Heute zählen EVP-regierte Länder wie Spanien oder Irland zu den Wachstumstreibern im Euro-Raum, linke Regierungen wie in Italien und Frankreich bremsen dagegen. Im Hinblick auf die **Griechenland-Hilfen** bestehen wir auf der Einhaltung der entsprechenden Beschlüsse des Deutschen Bundestages, einschließlich der Beteiligung des Internationalen Währungsfonds. Ein

einseitiges Abgehen von den vereinbarten Reformanstrengungen darf es nicht geben.

- ◆ Wir müssen ein geordnetes Verfahren zur **Restrukturierung von Staatsschulden** einführen, in Verbindung mit Regelungen zum Ausscheiden aus der Eurozone.
- ◆ Die **Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken lehnen wir ab** – etwa in Gestalt einer europäischen Einlagensicherung. Verantwortung und Haftung dürfen weder bei der Staatsverschuldung noch im Bankensystem auseinanderfallen.

Stark nach außen

Gerade in diesen unsicheren Zeiten brauchen wir eine starke EU. Abschottungstendenzen schaden unseren offenen, exportorientierten Gesellschaften. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird es in der Welt gehört.

- ◆ Die EU muss sich für eine **Weltordnung auf der Basis des Völkerrechts** einsetzen. Die Krim-Annexion oder die Missachtung internationaler Urteile und Gerichtshöfe sind Zeichen einer Erosion internationaler Normen.
- ◆ Die Zunahme sicherheitspolitischer Herausforderungen weltweit macht den ambitionierten Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und eine größere strategische Autonomie der EU unerlässlich. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass zuletzt Weichen für eine **Europäische Verteidigungsunion** gestellt worden sind, mit dauerhaften operativen Planungs- und Führungsfähigkeiten in Brüssel.
- ◆ Der Gedanke einer „**europäischen Armee**“ steht für unser Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein. Dem müssen wir uns durch **pragmatische Schritte nähern**: durch bessere Koordination auf EU-Ebene und eine engere Integration von Truppen einzelner EU-Mitglieder. Die Schaffung von wirksamen Instrumenten zur Krisenprävention und -reaktion, u. a. durch Befähigung der EU-Gefechtsverbände zum schnellen Einsatz in Krisensituationen, ist essentiell. Auch beim reibungslosen Zusammenwirken (Interoperabilität), der Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften, der Europäisierung der Ausstattung, bei gemeinsamer Entwicklung und Beschaffung wie beispielsweise von europäischen Drohnen muss es vorangehen. Die Verteidigung gegen hybrides Vorgehen mit Cyberangriffen, Desinformation und verdeckten Operationen sollte europäischer Schwerpunkt werden.
- ◆ Ziel der Entwicklung ist ein starker **europäischer Pfeiler** in der **NATO**. Die EU kann und will keine Alternative zur NATO sein. Eine Schwächung der Allianz durch Doppelstrukturen ist unbedingt zu vermeiden. Das transatlantische Bündnis wird Garant unserer Territorialverteidigung bleiben. Die EU hat ganz eigene Stärken, vor allem im Bereich des **vernetzten Ansatzes**, die sie als Zusatznutzen in die Partnerschaft einbringen kann. Im Gegensatz zur NATO verfügt die EU über den breiteren „Instrumentenkasten“ mit militärischen und zivilen Fähigkeiten (Diplomatie, Ausbildung

von Militär und Polizei, Entwicklungszusammenarbeit), den sie in Regionen einsetzen kann, die europäische Interessen besonders berühren – wie etwa in Afrika.

- ◆ Zu Recht verlangen die USA, die bisher überproportionale Lasten schultern, von den europäischen Verbündeten, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Eine klare Orientierung am 2 %-Ziel bei den **Verteidigungsausgaben** wird die Modernisierung auch der osteuropäischen Streitkräfte beschleunigen und kann helfen, das europäische Gewicht innerhalb der NATO und die strategische Autonomie der EU zu steigern. Die deutliche Erhöhung des deutschen Verteidigungsbudgets ist ein wichtiger CSU-Erfolg.

Gute Beziehungen zu den Nachbarn und weltweit

Die EU bleibt ein attraktives Modell: Viele Länder haben ein Interesse an engeren Beziehungen oder einem Beitritt. Hier gilt zunächst: Konsolidierung vor Erweiterung. Nur eine intern gefestigte EU kann neue Mitglieder aufnehmen.

- ◆ Die **Türkei** hat sich für einen EU-Beitrittsprozess disqualifiziert. Die Situation bei Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit ist besorgniserregend. Die demokratischen Rückschritte sowie die Repressionen gegen Journalisten, Oppositionelle und Staatsbedienstete zeigen, dass die Türkei sich weiter von europäischen Grundwerten entfernt. Wir sollten daher die **Beitrittsgespräche abbrechen** und realistischere Kooperationsformen anstreben. In jedem Fall muss die **Zahlung von Heranführungshilfe gestoppt** werden, die nicht der Zivilgesellschaft oder Flüchtlingsprojekten zugutekommt. Die Türkei erfüllt zudem die Bedingungen für eine Visaliberalisierung nicht.
- ◆ Die **transatlantischen Beziehungen** der EU zu den USA und Kanada sind für beide Seiten aus historischen und kulturellen Gründen einzigartig. Sie sind von Regierungswechseln unabhängig und zukunftsfest. Die EU muss daher alles daran setzen, protektionistische Argumente zu widerlegen und die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen. Die schnelle Ratifizierung von CETA und eine Neubelebung der TTIP-Verhandlungen liegen im deutschen Interesse. Sonst setzen China, Russland oder Indien die Standards der Zukunft.
- ◆ Die EU braucht eine langfristige Strategie für einen realistischen Umgang mit **Russland**. Solange Moskau aber in der Ukraine nicht auf den Boden des Völkerrechts zurückkehrt, sehen wir keine Möglichkeit, die Sanktionen aufzuheben. Die bisherige Geschlossenheit der EU-Staaten in der Russlandpolitik ist dabei ein wesentliches Pfund.
- ◆ Die EU kann nur davon profitieren, mit den dynamischen Ländern des **afrikanischen Kontinents** auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten – in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zentral sind **echte Investitionen** und faire, entwicklungsfreundliche Handelsabkommen. Nur wenn es gelingt, die Potenziale des Kontinents zu mobilisieren, wird man langfristig die Probleme Afrikas lösen. Abkommen mit Staaten in Regionen, aus denen viele Migranten in die EU kommen, helfen beim

Kampf gegen irreguläre Migration. So können wir mehr Rückübernahmen erreichen, die Lebensbedingungen und die Sicherheitslage verbessern und den Menschen vor Ort eine Perspektive geben. Parallel zur Steigerung der Rückführungsrate muss die Wiedereingliederung von Rückkehrern in den Heimatländern unser Ziel sein. Auch weitere **Umschichtungen im EU-Haushalt** zugunsten einer aktiven Flüchtlings- und Entwicklungspolitik sind nötig.